

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 270.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 199.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 13. Juni 1906.

Verleger: Dr. G. W. G. in Halle a. S. Druck: G. W. G. in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Leipzigerstr. 127. Eing. Nr. Braunschweig.

Verleger: Dr. G. W. G. in Halle a. S. Druck: G. W. G. in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telefon 771. Eing. Nr. 14 444.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 13. Juni.

Amerikanische Schladthäuser.

Die jüngsten Enthüllungen über die ekelerregenden Zustände in den großen amerikanischen Schlachthäusern stellen bei weitem alle in den Schattungen, was bisher die Skandalchronik aus dem „Rande der unbegrenzten Möglichkeiten“ zu berichten wußte. Und das will viel sagen angesichts der nachgerade sprichwörtlich gewordenen Mißwirtschaft im Dollarlande, wo die Trümpfe nach Belieben schalten und walten und — vergewaltigen. Was indessen diesen neuesten „Fall“ vor allen anderen auszeichnet, das ist der Umstand, daß die Bundesregierung der Vereinigten Staaten als der Hauptschuldige an den Vrangern gestellt wird, denn unter den Augen ihrer Organe hat das gewissenlose Treiben der Fleischfänger erst seinen gesetzlichen Stempel erhalten. Bekanntlich brachte eine unter dem Titel „Das Dschick“ („The Jungle“) vor einiger Zeit veröffentlichte Broschüre den Stein ins Rollen. In dieser Broschüre wurden die haarsträubendsten Dinge über die allen Anforderungen der Gesundheitslehre widersprechenden Zustände in den Chicagoer Schlachthäusern auszusprechen geübt. Den Kernpunkt der Enthüllungen bildete der Vorwurf, daß die von den Wunden wegen in den Schlachthäusern ausgeübte Fleischbeschau in unglücklichen Fällen eine lächerliche Farce sei, die aber zu dem größten Bedenken in gesundheitlicher Hinsicht Anlaß geben würde. Selbstverständlich erregte die Broschüre das größte Aufsehen und es ist kein Zufall, daß sich mit Ausnahme des jastigen bekannten Armours, des obersten der Fleischfänger, niemand fand, der die amerikanische Regierung vor den ihr gemachten Vorwürfen der Gewissenlosigkeit und des unerhörten Leichtsinns in Schutz nahm. Die weitere Folge war, daß Mr. Sinclair, der Verfasser der mehrfach genannten Schrift, seine Anklagen gegen die Regierung und gegen Armour in der Zeitschrift „Everybody's Magazine“ wiederholte, in dem er u. a. ausführte:

„Ich habe behauptet und behaupte nochmals, daß die von der Firma Armour and Co. in den Verlechte genommenen Schinken durchweg aus altem, minderwertigen, mit allen möglichen schädlichen und unappetitlichen Zusätzen versehenen und gefärbtem Fleisch bestehen. Ich habe auch die amtliche Fleischbeschau an, weil sie unfähig ist, um alles dieses zu verhindern. Ferner sage ich, um die Fleischbeschau der Regierung an, weil sie keine Mittel weiß, um zu verhindern, daß vergiftete Ratten unter das Fleischschiff geraten. Daß dieses in zahlreichen Fällen geschehen ist, dafür kann ich Beweise in Güte und Güte erbringen. Schließlich mache ich der Fleischbeschau den Vorwurf, daß sie außer hande ist, zu verhindern, daß verderbene Schinken mit allen Sorten von Chemikalien behandelt, daß Würste mit Borax und Salzpräparat versehen und alsdann, um die Zeit und die Kosten des Nachweins zu sparen, gefärbt werden.“

Als bald traten auch andere Sachkenner auf den Plan, welche die Beschuldigungen des Mr. Sinclair als durchaus der Wahrheit entsprechend bezeugten. U. a. äußerte sich ein Dr. Jacques, der als ehemaliger Direktor der Fleischbeschau auf den Chicagoer Fleischhöfen nach dieser Richtung hin die besten Erfahrungen sammeln konnte, wie folgt:

„Als ich mit der Leitung der Fleischbeschau beauftragt wurde, eröffnete mir der Regierungsinhaber, ich könnte meine Beobachtungen ruhig bezeichnen. Tatsächlich habe ich dazu auch hinreichend Zeit, obwohl wenigstens vier Direktoren Arbeit in Güte und Güte gemacht hätte, wenn die Sache mit rechten Dingen zugegangen wäre. Das war jedoch nicht der Fall, denn nur höchst selten kam es vor, daß mit unterstellten Fleischbeschauern Fälle von beanstandetem Fleisch gemeldet wurden. Des Pudels Kern war eben der Umstand, daß die Fleischbeschauer mit den Wunden unter einer Decke hielten und dafür ihre entsprechende Vergütung erhielten. Ich selbst war machlos, diesem Treiben Einhalt zu tun, denn das hat politische Einfuß, den die Feder bekämpfen ausbleiben, viel zu groß.“

Interessant sind auch die weiteren Ausführungen über die Organisation der amtlichen Fleischbeschau:

„Man kann sich einen Begriff von der Gesundheits- und Gesundheits des Arbeitens der Fleischbeschauer machen, wenn man weiß, daß jeder von ihnen täglich zwischen 1600 und 2200 Stück Fleisch zum Untersuchen hat. Wo der gebildete Mensch Stunden gebraucht, um Zeichen zu entdecken, an den Fäden und Pfeilern der Schlachtkammern mehrgleisiger Schienen angebracht ist, daß die Kessel und Geräte waagrechte Brücken von glühendem Eisen und Rossen sind und daß die Saubereiter der Schlachthausarbeiter so ziemlich alles zu mühselig übrig läßt, indem die Regierung völlig unbekannt ist. Antiegender glaube sie, daß die Tiere, die lebend die Schlachthäuser von Chicago erreichen, auch viel von jedem Wesen in gesundheitlicher Beziehung sind. In Wirklichkeit ist der Stempel des Fleischbeschauers weit davon entfernt, die Gesundheit, Sauberkeit und Unverfälschtheit des Fleisches zu gewährleisten, vielmehr macht sich die Negativa an dadurch, daß sie die Reinheit der Schlachtkammern

produkt bezogen, zum Mißbrauch einer höchst verwerflichen Fälschung.“

Wir begnügen uns mit dieser kleinen, nicht gerade sehr lieblich duftenden Mitteldose. Unserer linksliberalen Blätter und selbst der sozialdemokratischen „Vorwärts“ sehen sich jetzt auf Grund authentischer Nachrichten genötigt, ihren Lesern in manchen Stücken noch schärferere Mitteilungen über die haarsträubendsten sanitär so sehr bedrohlichen Zustände in den großen amerikanischen Schlachthäusern zu machen. Das ist um so bemerkenswerter, als die nämlichen Behörden noch bis in die jüngste Zeit die Vortrefflichkeit der amerikanischen Fleischwaren zu preisen und über die Agrarier weitend bezupfallen pflegten, weil diese gemeinschaftlich mit der konterwärtigen Presse das deutsche Volk vor dem Genuß dieser jetzt so gekennzeichneten, gesundheitlich gefährlichen und ekelhaften „Leberbitternis“ zu bewahren, bestrbt gewesen sind.

Die neuen Unruhen im Norden Ostafrikas im Gebiete der Meru-Berge sollen ebenfalls wieder von den Zaubereu angezettelt worden sein, die es trefflich verstehen, die abergläubischen Neger zu fanatisieren. Im Anschluß an unseren letzten Bericht verzeichnen wir noch folgende Meldung des „Berl. Z.“ aus Dar-es-Salaam, 12. Juni: Die Leutnant Abel aus Moshi an Kilimandscharo meldet, daß nach dem Berichte des Anführers Uffert in der Landstrafkraft Frau die dort auszubehenden Unruhen durch Zaubereu hervorgerufen worden. Abel brach sofort mit einem Maßstabgewehr und vierzig Mann dorthin auf und muß in diesen Tagen in Tracht entzweien. Weiter haben Marschbure siebzig Mann von Mwanja und 45 von Kilimandscharo, welche via Kondoa-Frangai marschierten, und die fünfte Kompanie von Tabora, welche über Malandu und Mwanja marschiert. Von Dar-es-Salaam gehen zur Verlastung für Mwanja und Kilimandscharo je 25 Mann ab.

Nach Ostafrika. Der Dampfer der Deutschen Ostafrika-Linie „Senyer“ mit den Abstellungsmanuskripten für die deutschen Kreuzer „Puffard“ und „Seebler“ an Bord traf Dienstag vormittag in Dover ein. Eine Anzahl Offiziere und Mannschaften begaben sich nach Feste, um an Grade der im Jahre 1878 beim Untergang des „Großen Kuriers“ ums Leben gekommenen deutschen Mannschaften einen Kranz niederzulegen. Das Schiff geht heute, Mittwoch, nach Ostafrika weiter.

Er. Maj. der Kaiser hörte Dienstag vormittag im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Stellvertreters des Chefs des Militärabminis., Obersten v. Derges, des Stellvertreters des Chefs des Marineabminis., Admirals v. Müller, und des Ministers v. Pöbbeckel.

Der alte und der neue Kriegsminister in Württemberg. Der bisherige Kriegsminister, General der Infanterie von Schürle, der, wie gemeldet, in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit Pension zur Verfügung gestellt wurde, hat seit fünf Jahren den verantwortungsvollen Posten als „Staatsminister des Kriegsministeriums“ innegehabt.

Der neue Kriegsminister, General der Infanterie von Marschall, ist im Dezember 1870 Offizier geworden. Er war längere Zeit Bataillons- und Regimentsadjutant im Regiment Nr. 122 und im Jahre 1884 als Hauptmann in das 120. Regiment. Sieben Jahre lang, von 1886 bis 1893, war er Adjutant beim Generalkommando in Stuttgart und wurde württembergischer Kriegsminister nach Stuttgart zurück, wo er im April 1901 zum Generalmajor und General der Infanterie ernannt wurde. Am 1. Oktober 1903 übernahm er das Kommando von Marschall und im Oktober 1904 Generalleutnant.

Der Herzog von Connaught ist am Dienstag mit der Dampfschiff „Candahar“ im Hafen von Kiel eingetroffen.

Bereins deutscher Ingenieure. Bei der zweiten Sitzung der Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure am 12. c. in Berlin hielt Prof. Krieger einen Vortrag über die Entwicklung und die Bedeutung der Dampfmaschine.

Als Ort für die nächste Hauptversammlung wurde Koblenz bestimmt.

Die Abgeordnetensammlung in Württemberg begann am Dienstag die erneute Beratung der Verschaffungsreform. Sie beharrte, entgegen den Wünschen der Kammer der Ständeherrn, auf der Zustimmung von 17 Abgeordneten auf dem Wege der Verschaffungsreform. Der hierzu eingebrachte Antrag, die Verschaffungsreform nicht im ganzen Lande, sondern nur in vier Kreisen des Landes vorzunehmen, wurde abgelehnt. Namens der Regierung erklärte Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker, die Regierung geht mit schwerem Herzen nach in der Frage der Zustimmung auf dem Wege der Verschaffungsreform, aber vorbehaltlich der Entscheidung bezüglich der Frage, ob Landes- oder Kreisverschaffungsreform, sowie bezüglich der Wahl der Aufstehenden. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden bezüglich der Zusammenfassung der ersten Kammer die Bestimmungen über das Recht des Königs zur Ernennung einzelner Mitglieder abgelehnt, betreffend die Wahl von acht Mitgliedern statt sechs angenommen, desgleichen betreffend die Wahl von acht Kreisverschaffungsmitgliedern. Die Bestimmungen betreffend das Ernennungsrecht der Könige für die Kreisverschaffungsmitglieder, welche angenommen, desgleichen betreffend das Ernennungsrecht des Landesverschaffungsmitgliedern, desgleichen betreffend das Ernennungsrecht der Ständeherrn in Württemberg wurde abgelehnt, des Weiteren im Reich angenommen.

Die Antinobilitäten in Baden. Die zweite badische Kammer legte am Dienstag vormittag die Antinobilitäten fort. Abg. Gührmann (Soz.) begründete den Antrag zur Trennung von Kirche und Staat. Abg. Jochenbach (Ztr.) führte aus, eine Trennung dieser beiden Faktoren sei für dieselben mit der größten Gefahr verbunden. Neben tablettet, so daß die Regierung wegen ihrer unentschlossenen Haltung der Minorität gegenüber. Was die Streichung der beiden Budgetposten angeht, so handele es sich um eine direkte Verpflichtung des Staates, welche bei der Vorbereitung für die Verschaffungsreform nicht vorzuziehen. Staatsminister Freiherr v. Guch bewahrt die Streichung der beiden Budgetposten. Der Antrag Gührmann wurde von der Regierung entschieden abgelehnt. Bei den Erhebungen des Ministers des Innern habe es sich nur um eine Pflicht der Regierung gehandelt. U. a. von der Frage der Minister habe die oberste Kirchenbehörde in der letzten Zeit einen Standpunkt eingenommen, der eine Verschärfung auslöste.

Die europäische Fahrplankonferenz hat am Dienstag in Bremen zur Beratung der Eisenbahnpläne zusammen. Über 200 Vertreter der europäischen Eisenbahnverwaltungen sind anwesend.

Ausland.

Die internationale Konferenz in Genf.

Bei Eröffnung der ersten Sitzung am Dienstag begrüßte der Vorsitzende, Minister Oiler, im Namen des Schweizerischen Bundesrates die Vertreter der Mitglieder der Konferenz. Er hob aus, daß die Verhandlungen weitere Fortschritte auf dem humanitären Gebiete der Pflege von im Kriege Verwundeten zeitigen werde. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß der Bundesrat zum stellvertretenden Vorsitzenden den zweiten Delegierten der Schweiz, Stadtrat Dr. Vincent-Guy, in Vorzug gebracht habe. Letzterer nimmt die Wahl dankend an. Die Konferenz beschäftigt die Erörterung des Getreideverkehrs durch den russischen Delegierten Gschelmitz v. Marzoff und des italienischen Delegierten Ritter von Samelli. Für die Verhandlungen wird dann eine Geschäftsordnung aufgestellt. Danach sollen die Sitzungen der Konferenz täglich um 10 Uhr beginnen. Die der Konferenz vorliegenden Fragen werden an vier Kommissionen verwiesen, die am Mittwoch um 10 Uhr vormittag mit ihren Arbeiten beginnen werden.

Eisenbahn-Angelegenheiten.

Die Vorgänge in der Wiener Bankgasse. In der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 12. c. erklärte Bürgermeister Kugler vor Eintritt in die Tagesordnung, daß er die nötigen Erhebungen über die Verhältnisse, die sich am Sonntag in der Bankgasse abgebehalten haben, angeht. Demzufolge hätten die vorübergehenden Personen, die an der Versammlung teilgenommen, nicht gewußt, daß Sonntag dort eine Demonstration stattfand. Sie seien durch verschiedene Gerüchte und Gerüchten von dem Geschehen in der Bankgasse in Aufregung geraten. Er, der Bürgermeister, müsse, trotzdem diese bedeutenden Revolutionen zum mindesten ein Unzufriedenheitsgrund seien, doch diese Vorgänge, die aber keine wie immer geartete politische Spitze hatten, aufs tiefste bedauern und mißbilligen.

Frankreich.

Die Erklärung des französischen Ministerspräsidenten. In der französischen Kammer verlas gestern, Dienstag, Ministerpräsident Sarrien die Proklamations- und Dekretations des Kabinetts. Diese enthält zum Inhalt, daß es das Programm des Kabinetts sei, die Einigung der Republikaner zu vermitteln, um im Lande wieder Ordnung und Frieden herbeizuführen. Gestützt auf das Vertrauen der Wähler, habe die Regierung ihre Aufgabe erfüllt. Die Ordnung im Lande sei wieder hergestellt worden. Die auswärtigen Beziehungen seien gesünder als je zuvor. Diese Entnahme habe erregt, hätten sich gezeigt; die Ausländer seien betraue beendet, und auch die Wähler seien beruhigt. Die Regierung schlage vor, die gesetzgebenden Arbeiten durch Bewilligung einer allgemeinen Amnestie wärdig einzustellen. Die erste Frage, die die Kammerkammer des Parlaments im Hinblick nehmen werde, ist die gesetzliche Notwendigkeit, nach dem Mittel der Amnestie zu suchen, um das Gleichgewicht der Abgaben herzustellen. Die Regierung werde die Durchführung der Abgaben in der Verwaltung vorzuschlagen. Sie werde eine Steuerreform vorschlagen, nämlich die allgemeine Einkommensteuer. Das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat werde mit Festigkeit und ohne Hintergedanken von Reglementationsmaßnahmen ausgeführt werden. Die Regierung werde die vollständige Beweissicherung der Schulen planmäßig durchführen und die nötige Abschaffung des Schulgesetzes beantragen. Ferner werde sie eine Reform der Kriegs- und Marinegesetzte vorschlagen. Die Regierung werde

weiter vorzulegen, die Vorteile des Gesetzes von 1884 auf weitere ...

Sämtliche Minister nahmen dem Ministeramt am 12. etc. im ...

Von den Gesandtschaften. Der französische Gesandte in ...

Italien. Das Programm des italienischen Kabinetts. In der ...

Ausland. Strafbefehle gegen Dumamitglieder. "Monvoje Wremja" meldet, die Regierung habe beschlossen, gegen ...

Getreideausfuhrverbot. Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt, daß die auswärts ...

Rothsüchium. Die Sitzung am Dienstag letzte die Beratung der Agrarfrage fort. ...

Zieler. Die dreiprozentige Collektschöpfung. Die Antwort der ...

Aus Nah und Fern. Friesel- und Fieber-Epidemie. Einem Telegramm des "Matin" ...

W. Zum Wägenheftschandal in Amerika. Der englische ...

W. Parisische Verlobung. Wie im Haag belangnehmend wird, ...

Ein Brand in dem zentralen Eisenbahnhause von Remour ...

Ein Mord wird uns aus Estetin wie folgt gemeldet: In ...

Die Wägenhefte erstritten. Nach einer Meldung aus ...

Die Vulkanwanderer von Neu-Seeland. Der Leiter der ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

W. Dresden, 12. Juni. (Der Reichstag) wird nachmittags ...

